

LINKSDRUCK AKTUELL

DIE LINKE.
Fraktion im Landtag Brandenburg

MAI 2014 (93./94. Sitzung)

GUTE BILANZ FÜR BRANDENBURG

Wirtschaft: Unser Erfolgsmodell



Die brandenburgische Wirtschaft ist 2013 um 0,7 Prozent gewachsen: Brandenburg ist damit Spitzenreiter im Osten und gehört zu den dynamischsten Bundesländern. Die Arbeitnehmer*innen im Land Brandenburg erzielten mit 3,1 Prozent bzw. mit 769 Euro einen deutlich höheren Anstieg ihrer Durchschnittsverdienste im Vergleich zum Bundesdurchschnitt. Denn der bundesweite Zuwachs betrug nur etwa 2,2 Prozent. Die Bruttolöhne und -gehälter lagen in Brandenburg 2013 im Durchschnitt bei 28940 Euro. Das ist der Spitzenwert unter den fünf ostdeutschen Bundesländern.

Der Erfolg gibt uns Recht - die positive wirtschaftliche Entwicklung des Landes steht im Einklang mit unserem Anspruch an Gute Arbeit und Gute Löhne. Nicht trotz, sondern wegen der Politik von Ralf Christoffers, unserem Abgeordneten und

Wirtschaftsminister, hat sich die Wirtschaft in Brandenburg in den vergangenen Jahren besser entwickelt als in den anderen neuen Bundesländern:

- Wir haben uns von der Niedriglohnstrategie des letzten CDU-Wirtschaftsministers in Brandenburg verabschiedet.
- Wir haben die Vergabe von Fördermitteln an die Begrenzung von Leiharbeit sowie an Tarifzahlung und Ausbildungsquote gekoppelt.
- Wir setzen den Breitbandausbau im Rahmen der Strategie „Brandenburg Glasfaser 2020“ flächendeckend in Brandenburg um. Zum Ende des Jahres 2015 werden alle fünf Planungsregionen mit schnellem Internet versorgt sein.
- Unternehmen erhalten in Brandenburg zunehmend Darlehen statt Zuschüsse. Damit bauen wir für die Zukunft vor. Denn

in der neuen Förderperiode stehen uns weniger Mittel zur Verfügung. Die Prioritäten aber bleiben: die Stärkung von Innovationen und Wettbewerbsfähigkeit von kleinen und mittelständischen Unternehmen. Dazu gehören insbesondere auch Finanzierungsinstrumente zur Stärkung der Eigenkapitalbasis.

■ Transparenz und frühzeitige Beteiligung der Bürger*innen sind die Merkmale linker Wirtschaftspolitik.

■ DIE LINKE steht für eine abgestimmte Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Dafür ist das Brandenburgische Vergabegesetz mit seinem Mindestentgelt von 8,50 Euro nur ein Baustein. Darüber hinaus haben wir – bisher bundesweit einmalig – seit Anfang des Jahres die Förderung von Wirtschaft und Arbeit in einer Hand gebündelt.

Wir stehen für ein Brandenburg, das Chancengleichheit und Gerechtigkeit ermöglicht – nicht nur in der Bildungs- und Sozialpolitik – sondern auch in der Wirtschaftspolitik!

Den größten Anteil an der guten wirtschaftlichen Entwicklung haben – das ist unbestritten – die brandenburgischen Unternehmer*innen selbst. DIE LINKE arbeitet weiter für die richtigen Rahmenbedingungen – zum Wohl aller Brandenburger*innen.



Matthias Loehr
Sprecher für
Wirtschaftspolitik

Flughafen BER: DIE LINKE bleibt dran – Nachtruhe muss sein!



„Brandenburger Interessen sind uns Wurscht!“ Das könnte Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit gemeint haben, als er die Brandenburger Anträge zur Umsetzung des Volksbegehrens für ein Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr am BER in der Gesellschafterversammlung der Flughafenbetreiberin FBB ablehnte – auch den Kompromiss, der eine Stunde länger Schlaf am Morgen möglich gemacht hätte. „Lärm, der krank macht? Hauptsache nicht bei mir!“ ist vermutlich seine Schlussfolgerung. Nach einem CDU-Wahlkampf, der in Brandenburg Erwartungen geweckt hatte, blieb die

CDU-dominierte Bundesregierung ebenso bei der Ablehnung. Deren Staatssekretärin Katherina Reiche ist auffällig ruhig bei diesem Thema geworden. Es ging wohl nicht um die Nachtruhe von Bürger*innen – sondern um Wähler*innenstimmen und Posten. Die sind nun eingefahren und so scheint in ihren Augen auch das Schallschutz-Problem erledigt. DIE LINKE macht es sich nicht so leicht. Für uns ist das Thema längst nicht ad acta gelegt. Wir bleiben bei unserer Forderung nach mehr Nachtruhe am Flughafen Schönefeld. Warum sollen Brandenburger*innen den Lärm eines Hauptstadtflughafens ertragen, wenn es aus der Bundeshauptstadt keine Solidarität gibt? Da braucht es wenig Fantasie, sich vorzustellen, wie Entscheidungen in einem fusionierten Bundesland getroffen würden. Es wäre ein wesentlicher Fortschritt, wenn die FBB in Sachen Schallschutzprogramm endlich vor-

rankommen würde. Die planfestgestellten Schallschutzmaßnahmen systematisch und zügig umsetzen, wie vom Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg aufgegeben: Das muss die FBB vorantreiben. Das gilt besonders für die Anrainer der neuen Start- und Landebahn im Süden. Wenn dort geflogen wird, muss der Lärmschutz komplett sein. Der Finanzanteil Brandenburgs für den Lärmschutz ist gesichert. Wann und unter welchen Bedingungen der BER startet, ist ungewiss: Noch immer ist die Fertigstellung der Entrauchungsanlage nicht in Sicht, noch immer gibt es keinen klaren Kurs für das Finanzkonzept.

DIE LINKE erwartet von BER-Boss Hartmut Mehdorn endlich Taten.



Stefan Ludwig
Sprecher für
Kommunalpolitik

„Schöner leben ohne Nazis“: Das unterstützen wir!

Es gilt jeden Tag, aber ganz besonders, wenn die Wahlurnen aufgestellt werden: Wenn alte und neue Neonazis Einfluss bekommen, ist es vorbei mit Spaß, Lebensfreude, Herzlichkeit und Toleranz. Deswegen hat das Aktionsbündnis Brandenburg gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit zusammen mit dem Ring politischer Jugend Brandenburg vor kurzem eine Aktion gestartet: „Schöner leben ohne Nazis“. Sie erinnert daran – und macht Lust darauf, sich die ange-

nehmen Seiten des Lebens nicht von brauner Soße vollkleckern zu lassen. Das Motto findet sich auf richtig schmucken, lebensfrohen Plakaten. DIE LINKE-Fraktionsvorsitzende Margitta Mächtig war bei der Präsentation dabei: „Wir finden die Aktion gut und verbreiten sie weiter –



denn Brandenburg soll bunt und tolerant bleiben!“

Mehr Informationen dazu im Netz:
www.aktionsbuenndnis-brandenburg.de/aktionen-positionen/schoener-leben/plakatkampagne-der-jugend-verbaende

Zusammenhänge: Brandenburg in Europa - Europa in Brandenburg

In angespannter Situation, wenige Tage vor der EU-Wahl: Rück- und Ausblick auf Brandenburg in Europa. Ohne EU-Hilfen von insgesamt zehn Mrd. Euro, das machte Ministerpräsident Woidke deutlich, stünde unser Land ein Vierteljahrhundert nach der Wende nicht da, wo es ist. Das beruht auf einer guten europäischen Idee: Gemeinsamkeit von Interessen stehen über nationalen Egoismen. Wettbewerb wird ergänzt durch Entwicklungschancen für Schwächere. Sie wurzelt in den grausamen Erfahrungen des 20. Jahrhunderts – aber sie ist auch aus deren Schatten heraus getreten. Sie ist nicht expansiv, aber attraktiv – wenn sie eine

vorbildliche Regelung der inneren Beziehungen ins Zentrum rückt. So gut diese Idee ist: Sie allein bewahrt weder vor Fehlern noch vor Abwegen – sei es im Umgang mit der Finanzkrise, sei



es in der Ukraine-Krise. Deeskalation ist hier die Aufgabe der Stunde – einseitige Schuldzuweisungen und Sanktionen gegen Russland sind das Gegenteil! Wir brauchen eine stabile, funktionierende, allseits beachtete Sicherheitsordnung in Europa.

Es gibt nichts Gutes – außer man tut es. Am 25. Mai ist Europa-Wahl. Jeder hat es in der Hand, da der EU mit seinem Stimmzettel einen Schubs in die richtige Richtung zu geben!



Margitta Mächtig
Fraktionsvorsitzende

NACHGEFRAGT

Vier Buchstaben - und welche Gefahren dahinter stecken: TTIP

Interview mit **Kerstin Kaiser** · Sprecherin für Europapolitik



» **TTIP ist die Abkürzung für ein Freihandelsabkommen. Welchen Hintergrund und welche Ziele hat es?**

Die Geheimverhandlungen zwischen EU und USA zur Schaffung der weltweit größten Freihandelszone begannen bereits im Juli 2013. Ziel dieser „Transatlantischen Handels- und Investitions-Partnerschaft“ (engl. TTIP) ist ein gemeinsamer Wirtschaftsraum für über 800 Mio. Verbraucher*innen.

Die Befürworter*innen behaupten - ohne Beleg -, durch Verzicht auf Zölle und Handelsbarrieren (z.B. Quoten), die Angleichung von Produktstandards und mehr Wettbewerb würden Milliarden gespart, Produktpreise gesenkt, Innovation und Fortschritt befördert und der Wohlstand aller vermehrt.

» **Welche negativen Konsequenzen könnten sich für Brandenburg und die BRD aus TTIP ergeben?**

Kritik kommt von Verbraucher- und Umweltschützer*innen, Gewerkschaften und auch der LINKEN. Alle warnen vor der Angleichung europäischer an US-Standards. Denn die sind meist schlechter. Wichtige Fortschritte im Verbraucher-, Natur-, Umwelt-, Datenschutz sowie im Kulturbereich, im Sozial- und Arbeitsrecht sind in Gefahr. Auch das selbstbestimmte Handeln aller Kommunen bei öffentlichen Dienstleistungen steht in Frage. Besonders gefährlich ist dabei das geplante „Investor-Staat-Schiedsverfahren“ (ISDS): Es soll Banken und Konzernen Schadensersatzklagen gegen Staaten ermöglichen, wenn neue Gesetze für sie zu Gewinneinbußen führen. Darüber urteilen sollen neu

geschaffene private und daher illegitime Sondergerichte. Bezahlt werden sollen die Entschädigungen im Fall des Schuldspruchs aber aus Steuermitteln aller Bürger*innen. Geklagt werden könnte z.B. gegen Mindestlöhne, deutsches Chlorhühnchen- und Fracking-Verbot oder die Kennzeichnungspflicht genmanipulierter Lebensmittel.

» **Wie setzt sich DIE LINKE für die Interessen der Bürger*innen ein?**

Besonders kritisieren wir die geheimen und undemokratisch geführten Verhandlungen nur zwischen den USA und EU-Regierungsvertreter*innen. Wirtschaftslobbyist*innen sind dabei - aber nicht Parlamente und Bürger*innen! Ausmaße und Folgen von TTIP sind so nicht absehbar. Daher fordern DIE LINKEN im EU-Parlament, Bundestag sowie den Landesparlamenten Verhandlungs-Stopp und umfassende Transparenz, demokratische Mitwirkung und Kontrolle. Zugleich wollen wir die Ratifikation des leider schon ausgehandelten EU-Freihandelsabkommens mit Kanada (CETA) verhindern: Es ist die Blaupause für TTIP.



Untersuchungsausschuss zur Krampnitz-Affäre beendet

Nach dreieinhalb Jahren und 40 Sitzungen hat der Untersuchungsausschuss zur so genannten Immobilienaffäre seine Tätigkeit beendet. Zeit also für die Schlussbetrachtung. Anfangs gab es die wildesten Vermutungen über bestechliche Landespolitiker in Sportvereinen, die die wertvollsten Grundstücke des Landes an ihre Spezies unter Wert verhöckern, die dann im Gegenzug Sportvereine sponsern. Aus Sicht der LINKEN haben sich diese schweren Vorwürfe nicht bestätigt. Vor allem die CDU hat offenbar bis zum Schluss „vergessen“, dass diese Vorgänge einen Zeitraum betreffen, in dem sie selbst Regierungsverantwortung trug. Der Untersuchungsausschuss hat aber aufgezeigt, dass durch das Finanzministerium die Kontrolle der privatisierten „Brandenburgische Boden Gesellschaft“ (BBG) hätte enger geführt werden und die Verkäufe



von Grundstücken sorgfältiger geprüft werden müssen. Das zeigt wieder einmal, dass eine Privatisierung keine geeignete Variante ist, wenn man nicht im Gegenzug eine effektive Kontrolle einrichtet. Im Fall der besonders skandalumwitterten Kaserne Krampnitz bei Potsdam haben sich die schweren Vorwürfe der Opposition nicht bestätigt. Dabei handelt es sich auch nicht, wie immer behauptet, um ein Filetgrundstück. Auch die Staatsanwaltschaft hat ihre Ermittlungen eingestellt, da nach ihrer Erkenntnis kein Schaden entstanden ist. Der Kaufvertrag ist inzwi-

schen, durch den damaligen Finanzminister Helmut Markov, rückabgewickelt worden. Ebenso hatte das Finanzministerium kurz nach Bekanntwerden der Vorwürfe die Regelungen zum Verkauf landeseigener Grundstücke deutlich verschärft. Somit bleibt als Ergebnis dieses etwa zwei Mio. Euro teuren Untersuchungsausschusses: Schwere Fehlhandlungen und Verdächtigungen konnten nicht nachgewiesen werden. Doch Sponsoring-Aktivitäten zugunsten von Vereinen gerieten im ganzen Land unter Generalverdacht. Darunter leiden bis heute vor allem viele Sportvereine!

Marco Büchel
Obmann der LINKEN im Untersuchungsausschuss



Nachhaltigkeit: Brandenburg soll „enkeltauglich“ werden!

Die Zukunft im Auge haben – das ist der Anspruch einer nachhaltigen Politik, bei der es darum geht, heute nicht zulasten künftiger Generationen zu leben. Bereits 2010 hatte die rot-rote Koalition im Landtag die Erarbeitung einer Nachhaltigkeitsstrategie beauftragt. Die Landtagsfraktion richtete 2011 zum Auftakt eine Fachtagung aus.

Nach zahlreichen Veranstaltungen und Konsultationsprozessen, darunter einer Öffentlichkeitsbeteiligung per Internet unter Federführung des Umweltministeriums, liegt seit April 2014 das Ergebnis vor: Erstmals hat sich Brandenburg eine verbindliche Strategie gegeben, um mehr Nachhaltigkeit zu erreichen, also „enkeltauglich“ zu werden.

Der Politik, aber auch den gesellschaftlichen Akteur*innen sind damit neue Perspektiven eröffnet. Der Bogen ist weit



gespannt und reicht von Wirtschaftsförderung bis zu „Guter Arbeit“, von der Stärkung des Ländlichen Raums bis zur Finanzpolitik und zur Bildung.

Nachhaltigkeit ist eben kein reines Umweltthema, sondern umgreift den wirtschaftlichen und sozialen Bereich. Rot-Rot setzt damit das Versprechen aus dem Koalitionsvertrag um, Nachhaltigkeit in allen Politikfeldern zu verankern. Nächstes Ziel ist jetzt die Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie durch konkrete Maßnahmen wie der Einführung eines „Nachhaltigkeits-Checks“. Dafür möchte sich DIE LINKE in der nächsten Legislaturperiode einsetzen.

Carolin Steinmetzer-Mann
Sprecherin für
Umweltpolitik



Seniorenpolitischer Erfahrungsaustausch



Der demografische Wandel mit seinen Folgen zählt zu den entscheidenden gesellschaftspolitischen Themen dieser Zeit. Die Landtagsfraktion lädt daher am 19. Juni zu einem Seniorenpolitischen Erfahrungsaustausch in den Landtag ein. Denn Fragen der Bevölkerungsentwicklung erstrecken sich über alle Politikfelder und betreffen alle Bevölkerungsgruppen. Es geht dabei nicht nur um Pflege, Gesundheit und ambulante Versorgungsstrukturen. Auf dem Prüfstand stehen zum Beispiel die gesamte Infrastruktur, der Nahverkehr, barrierefreier, bezahlbarer Wohnraum und Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft überhaupt. Prognostiziert wird bis 2030 ein Anstieg der pflegebedürftigen Menschen bei unveränderten Rahmenbedingungen von aktuell 96 000 um knapp 70 Prozent auf etwa 162 000 im Land Brandenburg. Diskussionen über Pflegereform, Pflegenotstand bis hin zum notwendigen pflegepolitischen Aufbruch

werden überall im Land in zahlreichen Veranstaltungen geführt. Die 380 Seiten lange „Brandenburger Fachkräftestudie Pflege“ bietet dazu eine gute Grundlage. Sie stellt gegenwärtig das wohl wichtigste Dokument auf diesem Sachgebiet dar. Auch sie thematisiert nicht nur das Thema Pflege, sondern betrachtet den demografischen Wandel übergreifend – bezogen auf die differenzierten und spezifischen Anforderungen, denen sich das Land Brandenburg als Flächenland zu stellen hat.

Die Seniorenpolitischen Leitlinien und das Maßnahmenpaket sind dazu wichtige Schritte in die richtige Richtung. Wichtig ist die Einbeziehung der Bürger*innen als Expert*innen in eigener Sache, die ihre Interessen selbstbestimmt in die Politik einbringen. Es geht um Teilhabe, zu der wir Sie gern einladen möchten.

Kontakt:
Telefon 0331/966-1552 oder per Mail:
nina.waskowski@
linksfraktion-brandenburg.de



Astrit Rabinowitsch
Sprecherin für
Senior*innenpolitik

KLEINE BITTE ZUM SCHLUSS

Damit sich auch Nachbarn und Freunde informieren können:

L nach dem Lesen weiterreichen!



Die Fraktion bei Facebook:
<https://www.facebook.com/linksfraktion.brandenburg>

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN

DIE LINKE Fraktion im Landtag Brandenburg
Alter Markt 1 · 14467 Potsdam

REDAKTIONSGRUPPE Sven Rosig (Leitung)

Telefon: 0331 / 966 1544 · Telefax: 0331 / 966 1507
sven.rosig@linksfraktion-brandenburg.de

PORTRAITS DIE LINKE LTF BRB / Liebe

FOTOS Stahlhofen, Flugzeug: mattes1981 bzw. soulstormer/photocase.de; Schöner Leben-Motiv: Repr DIE LINKE LTF BRB/Rosig; Europa-Collage: Karte von TUBS (Wikipedia) - DIE LINKE LTF BRB/Weidner; Heuschrecke, Kind, Senior*innen: kallejipp (2), ffwdl/photocase.de

LAYOUT, SATZ, GRAFIK Döring & Waesch, Perleberg

AUFLAGE 10 000 Stück

DRUCK Gieselmann Druck und Medienhaus,
Potsdam-Rehbrücke

V. I. S. D. P. Thomas Domres (MdL), Parlam. Geschäftsführer

Mit dem Smartphone
QR-Code einscannen und
direkt zur Internetpräsenz
der Fraktion gelangen



www.linksfraktion-brandenburg.de